

A-1 Abschlussbericht Arbeitsbereich Debattenorte

Gremium: Arbeitsbereich Debattenorte
Beschlussdatum: 26.09.2024
Tagesordnungspunkt: 0.A Abschlussbericht des Arbeitsbereichs
Debattenorte

Antragstext

Einführung

Der Debattenorteprozess war ein zwei Jahre andauernder Verbandsentwicklungsprozess, der im Herbst 2022 gestartet wurde und zu diesem Bundeskongress abgeschlossen wird. Er sollte analysieren, wie Debatten im Verband geführt werden, und konkrete Verbesserungsvorschläge für die verschiedenen Räume, in denen Debatten stattfinden, und die Debattenkultur erarbeiten. Zuständig für die Durchführung des Prozesses waren der gleichnamige Arbeitsbereich und der Bundesvorstand.

Der Prozess wurde in folgende Phasen unterteilt:

1. Vision entwickeln
2. Analyse des Status Quo
3. Ideen und Maßnahmen
4. Umsetzung

Der Arbeitsbereich, zu dem Zeitpunkt bestehend aus Klara, Charlotte, Rosalie, Heinrich und Jonathan, hat im ersten Jahr die ersten drei Phasen des Prozesses durchgeführt. In der ersten Phase wurde ein Visionenpapier entwickelt, welches zusammenfassen sollte, wie sich Mitglieder die Grüne Jugend vorstellen. Dieses Papier wurde mit dem Verband diskutiert. In der Analysephase hat der Arbeitsbereich eine verbandsweite Umfrage und Interviews mit stillen Kreisverbänden durchgeführt, wie Mitglieder die wichtigsten Debattenräume im Verband wahrnehmen. Die Ergebnisse wurden dem Verband vorgestellt und beispielsweise digital oder auf dem Länderrat diskutiert. Es wurde ermittelt,

23 dass der Bundeskongress und die Fachforen die Debattenorte mit dem größten
24 Reformbedarf sind und dass es ein Verbesserungspotential in der verbandsinternen
25 Kommunikation, also beispielsweise der Informationsweitergabe zwischen den
26 Ebenen, gibt. Gemeinsam mit dem Bundesvorstand hat der Arbeitsbereich Vorschläge
27 für Maßnahmen und weitere konkrete Bearbeitungsfelder erarbeitet, welche im
28 Arbeitsprogramm festgehalten und auf dem Bundeskongress 2023 beschlossen wurden.

29 Dem Bundeskongress wurde 2023 ebenso ein Zwischenbericht über die Arbeit des
30 Arbeitsbereiches vorgelegt. Außerdem wurde er durch die Wahl von Andrea, Alicia,
31 Phi, Sarah, Stefan und Wenzel auf 11 Personen erweitert.

32 In diesem Jahr hat der Arbeitsbereich mögliche Bundeskongress- und
33 Fachforenreformen erarbeitet, sich ausführlicher mit den optimalen
34 Debattenverläufen im Verband beschäftigt und mit den Regionalforen und dem KV-
35 Buddy-Programm neue Debattenformate ausprobiert. Mit dem Abschlussbericht endet
36 der Debattenorteprozess vorerst.

37 **Mehr Beteiligung für demokratische Strukturen –** 38 **Empfehlungen an Vorstände**

39 Als Arbeitsbereich hatten wir die Aufgabe, Wege zu erarbeiten, wie wir
40 verbandsweite Debatten insbesondere im Vorfeld des Bundeskongresses, aber auch
41 generell verbessern können. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf den Kreisverbänden
42 und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, dass sich alle Mitglieder
43 sinnvoll an diesen Debatten beteiligen können. Wir haben uns als Arbeitsbereich
44 intensiv mit dem Ist-Zustand von Debattenverläufen beschäftigt. Hierzu haben wir
45 unter anderem die Erkenntnisse der Verbandsumfrage genutzt. Im Verlauf der
46 Arbeit kristallisierte sich heraus, dass...

- 47 • insbesondere die verschiedenen Rollen der Ebenen des Verbandes in Debatten
48 nicht klar differenziert werden,
- 49 • sich insbesondere marginalisierte Mitglieder in Debatten nicht gehört
50 fühlen,
- 51 • es häufig zu wenig Vorlauf für Debatten gibt,
- 52 • Landesverbände Debatten auf verschiedene Weise in ihre Kreisverbände
53 tragen und wir Debatten nicht so zugespitzt führen, wie es für eine
54 fundierte Entscheidungsfindung nötig wäre.

55 Ausgehend von dieser Analyse und dem im ersten Jahr gemeinsam mit dem Verband
56 erarbeitete Visionenpapier haben wir an Vorschlägen für einen Sollzustand

57 gearbeitet.

58 So haben wir als Arbeitsbereich Empfehlungen an den Bundesvorstand, die
59 Landesvorstände und die Kreisvorstände erarbeitet. Dieses "How-to: Gute Debatte"
60 fasst unter folgenden Überthemen verschiedene Empfehlungen zusammen:

- 61 **1. Je weitreichender die Entscheidung, desto breiter die Beteiligung:**
62 Entscheidungen, die langfristige Konsequenzen tragen, müssen mit und auf
63 allen Ebenen ausführlich diskutiert werden können.

- 64 **2. Zugespitzt und Relevant:** Gleichzeitig wollen wir uns auch nicht mit
65 endlosen internen Debatten in unserer politischen Praxis lähmen.

- 66 **3. Gut Ding will Weile haben:** Gute Debatten brauchen mehr zeitlichen Vorlauf.

- 67 **4. Das Ebenen-Prinzip:** Debattenstände und Informationen müssen über
68 verschiedene Ebenen weitergeleitet werden, damit nichts verloren geht.

- 69 **5. Methodisch sinnvoll:** Debatten müssen gut vorbereitet und moderiert werden.

- 70 **6. Gegenseitige Hilfe und Verantwortung:** Dafür kann man sich von anderen
71 Ebenen Unterstützung holen.

- 72 **7. Beteiligung von marginalisierten Gruppen:** Marginalisierte Gruppen haben
73 oft besondere Perspektiven, die auf jeden Fall Gehör finden müssen.

74 Das gesamte Papier findet ihr in [der Wolke](#). In einer ersten Runde wurden die
75 Empfehlungen an den Bundesvorstand herangetragen. Danach wurden sie in einem
76 gemeinsamen Zoom aller Politischen Geschäftsführungen der Landesverbände durch
77 den Arbeitsbereich vorgestellt. Wir haben empfohlen, dass die Landesvorstände
78 sich danach noch einmal gemeinsam mit dem Papier beschäftigen. In einzelnen
79 Landesverbänden haben wir als Arbeitsbereich auf Landesvorstands-Kreisvorstände-
80 Treffen Workshops zu den Empfehlungen durchgeführt und sie so noch einmal näher
81 an die Kreisverbände herangetragen. Es wird für den Erfolg des Debattenorte-
82 Prozesses weiter zentral bleiben, dass der gesamte Verband sich an diesen
83 Empfehlungen orientiert und sie in die Verbandspraxis übersetzt und wir so alle
84 gemeinsam in unseren jeweiligen Rollen die Debattenkultur der Grünen Jugend
85 verbessern.

86 **Selbstverständnis**

87 Der Arbeitsbereich beauftragte den Bundesvorstand mit der Erarbeitung eines
88 neuen Selbstverständnisses. Das alte Selbstverständnis ist mittlerweile über 10

89 Jahre alt und entspricht nicht mehr der Verbandsrealität der GRÜNEN JUGEND. Auf
90 unterschiedlichsten Veranstaltungen, beispielsweise dem BuVo-LaVo-Treffen, dem
91 Frühjahrskongress und den Regionalforen wurde intensiv mit Mitgliedern darüber
92 debattiert, was für sie die Grüne Jugend ist und wie wir zusammenarbeiten und
93 uns politisch ausrichten wollen.

94 **Regionalforen**

95 Als großes neues Debattenformat haben wir in diesem Jahr die Regionalforen
96 erprobt. Hierbei waren unsere wichtigsten Ziele, eine gemeinsame Debatte von
97 Verantwortungsträger*innen der KV-Ebene aus verschiedenen Landesverbänden in der
98 Grünen Jugend zu ermöglichen. Die Formate sollten dabei ein gutes Beispiel für
99 Debattenkultur und -struktur sein und gleichzeitig mehr Kreisverbände an den
100 relevanten Debatten beteiligen, indem die Verantwortungsträger*innen die
101 Debatten als Multiplikator*innen auch zurück in ihre Kreisverbände tragen.

102 Auf Grundlage dieser Ziele haben wir vier Regionalforen in West, Ost, Süd und
103 Nord organisiert, und KV-Verantwortliche aus den jeweiligen Landesverbänden dazu
104 eingeladen. Hierbei waren wir in der Bewerbung zunächst vorsichtig, da, wenn
105 sich tatsächlich Verantwortliche aus allen aktiven Kreisverbänden angemeldet
106 hätten, die Plätze sehr knapp gewesen wären. Insgesamt haben am Ende 120
107 Personen an den Regionalforen teilgenommen und damit in keinem Regionalforum die
108 verfügbaren Plätze annähernd gefüllt. Tatsächlich waren vor allem
109 Landesvorstandsmitglieder, Verantwortliche aus sehr großen Kreisverbänden und
110 sehr gut angebundene Verantwortliche aus kleinen Kreisverbänden anwesend. Eine
111 tatsächliche Teilnahme aus der Breite des Verbands haben wir nicht erreicht.

112 Inhaltlich haben wir auf den Regionalforen drei Themen behandelt. Ein Rückblick
113 und eine Auswertung der "Kein Bock auf Krise"-Kampagne zur Europawahl, die
114 Bundeskongressreform sowie das Selbstverständnis der Grünen Jugend. Die
115 Auswertung der Kampagne war dabei sowohl im Bezug auf inhaltliche als auch
116 methodische Aspekte angelegt und hat viele spannende Einblicke in die konkrete
117 Arbeit der KVEn mit der Kampagne ermöglicht. Diese Eindrücke wurden vom
118 Kampagnenteam ausgewertet. Zur Bundeskongressreform wurden hauptsächlich
119 möglichen Szenarien zur Umstrukturierung diskutiert und dabei viele neue
120 Perspektiven, Stimmungen und Ideen für Variationen gesammelt und diskutiert.
121 Diese sind von uns als Arbeitsbereich ausgewertet worden und in den Teil zur
122 Bundeskongressreform in diesem Bericht mit eingeflossen. Das neue
123 Selbstverständnis ist anhand von Thesen teils sehr kontrovers diskutiert worden.
124 Dabei sind inhaltliche und strategische Differenzen klar geworden und diese
125 konnten in der Debatte teilweise verringert werden.

126 Um einen Multiplikator*innen-Effekt zu erreichen, haben wir außerdem mit allen
127 Teilnehmer*innen besprochen, wie sie die Debatten zur Bundeskongressreform und
128 dem Selbstverständnis gut in ihrem Kreisverband weiterführen und die Ergebnisse

129 dieser Debatten zurückmelden können.

130 Die Rückmeldung der Teilnehmenden war überwiegend positiv. Viele haben sich über
131 die Möglichkeit, wichtige Debatten in der Grünen Jugend in einem kleineren
132 Rahmen, ohne direkt am Ende der Debatte eine finale Entscheidung treffen zu
133 müssen, sehr gefreut. Auch wurde die Debattenkultur überwiegend als gut bis sehr
134 gut empfunden. Die verschiedenen inhaltlichen- und Debatten-Punkte wurden alle
135 weitestgehend als gut bewertet. Vereinzelt ist zurückgemeldet worden, dass die
136 Debatten als voreingenommen wahrgenommen wurden, und sich "neutralere"
137 Moderationen gewünscht wurden.

138 Aus unserer Sicht haben die Regionalforen in dieser Form nicht die Ziele
139 erreicht, die wir mit ihnen verfolgt haben. Zusätzlich dazu, dass sie sehr teuer
140 in der Durchführung waren, wurden große Teile der Zielgruppe nicht erreicht.
141 Dadurch war kein Multiplikator*innen-Effekt möglich und die Debatten wurden
142 nicht tatsächlich in die Breite des Verbands getragen. Zurückzuführen ist dies
143 vermutlich auf verschiedene Effekte. So wurden handwerkliche Fehler darin
144 begangen, die Regionalforen so spät und so zögerlich zu bewerben, verbunden mit
145 der wahrscheinlich unrealistischen Erwartung, dass tatsächlich aus allen
146 Kreisverbänden Menschen anreisen. Außerdem haben die Regionalforen in einer Zeit
147 der Erschöpfung nach der Kampagne, mitten im Sommer zwischen verschiedenen
148 Angeboten von Landesverbänden, stattgefunden. So sind sie teilweise
149 untergegangen oder Menschen haben sich für andere, bekannte Formate entschieden,
150 wenn sie nicht an allen Veranstaltungen in dieser Zeit teilnehmen konnten.
151 Insgesamt empfehlen wir daher keine Wiederholung der Regionalforen dieser Art.

152 Trotzdem können wir viel aus diesem Versuch lernen. Die grundsätzliche Idee,
153 Kreisverbandsverantwortliche als Multiplikator*innen für Debatten zu nutzen,
154 halten wir weiterhin für richtig. Auch auf Veranstaltungen frühzeitig Debatten
155 über wichtige Entscheidungen zu führen und dabei noch unter keinem
156 Entscheidungsdruck zu stehen, sondern relativ offen Argumente und Rückmeldungen
157 auszutauschen, war für viele hilfreich. Zusätzlich war die Methodik, relativ
158 offene Debatten in vielen Kleingruppen zu führen und dadurch möglichst allen die
159 Möglichkeit zu geben, sich tatsächlich zu äußern, aber auch den Teilnehmenden
160 zuzutrauen, ihre Argumente auch z.B. im Rahmen einer Fishbowl-Diskussion in der
161 großen Gruppe zu vertreten, aus unserer Sicht sehr sinnvoll. Wir empfehlen
162 daher, diese Aspekte der Regionalforen in andere Veranstaltungen zu integrieren.
163 Insbesondere bieten sich hierfür die Kreisvorstands-Landesvorstands-Treffen an,
164 welche sich bereits in vielen Landesverbänden etabliert haben. Auf diesen trifft
165 dieselbe Gruppe von möglichen Multiplikator*innen zusammen und der
166 Landesvorstand hat zusätzlich die Möglichkeit, Debatten auf die regionalen
167 Gegebenheiten anzupassen. Damit bleibt lediglich die Frage nach überregionalen
168 Debatten zwischen Kreisverbandsverantwortlichen ungelöst. Ein Bedürfnis nach
169 diesen Debatten wurde immer wieder geäußert, die Gelegenheit für diese Debatten
170 mit den Regionalforen jedoch nicht angenommen. Was andere Möglichkeiten sein
171 können, diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, konnten wir in der Restzeit unserer

172 Arbeit nicht mehr evaluieren.

173 **KV-Buddy-Programm**

174 Um einen bundesweiten Austausch zwischen Kreisverbänden zu ermöglichen, welcher
175 in der Vergangenheit auf bundesweiten Events, wie die Bundes- oder
176 Frühjahrskongressen stattgefunden hat, aber aufgrund der jetzigen Größe dieser
177 Events dort nicht mehr möglich ist, hat der Arbeitsbereich ein Buddy-Programm
178 zwischen Kreisverbänden ausprobiert. Die Idee war, Kreisverbände paarweise
179 zuzuweisen und ihnen zu ermöglichen, sich digital und in Präsenz auszutauschen.

180 Im April konnten sich Kreisverbände für das Programm bewerben, welche dann nach
181 Größe, Erreichbarkeit und Aktivität zugeordnet wurden. Anschließend wurde ein
182 Onlinemeeting durchgeführt, wo Hinweise zur Durchführung des Buddy-Programms
183 gegeben wurden und sich die Buddies kennenlernen konnten. Im Sommer wurde bei
184 einigen ausgewählten Kreisverbänden nachgefragt, wie das Buddy-Programm läuft.
185 Dort wurde dem Arbeitsbereich berichtet, dass nur beschränkt Austausch zwischen
186 Kreisverbänden stattfand.

187 Aus Sicht des Arbeitsbereiches liegt das einerseits an einem vollen
188 Verbandsjahr, in dem viele Kreisverbände mit der Europakampagne beschäftigt
189 waren, andererseits wurde dem sehr abstrakten Ziel der Vernetzung
190 verständlicherweise wenig Priorität eingeräumt. Es hat sich gezeigt, dass so ein
191 Austausch nur mit Kreisverbänden Sinn ergibt, die viele Kapazitäten mitbringen,
192 und dass so ein Programm eine sehr enge Betreuung benötigt.

193 Als Weiterentwicklung dieses Programms können wir uns vorstellen, eine solche
194 Vernetzung zu konkreten Themen durchzuführen. Wenn nächstes Jahr solidarische
195 Projekte in Kreisverbänden anlaufen, könnten dann Kreisverbände in einen
196 gegenseitigen Austausch treten, die ähnliche Projekte durchführen.

197 **Fachforen**

198 Die Verbandsanalyse aus dem letzten Jahr hat ergeben, dass es einen dringenden
199 Reformbedarf der Fachforen gibt. Viele Mitglieder wissen nicht, dass diese
200 existieren und in der täglichen Verbandsarbeit spielen sie fast keine Rolle.
201 Auch im Entwurf der optimalen Debattenverläufe vom Arbeitsbereich kommt
202 Fachforen als Debattenort keine Rolle zu. Es wurde deshalb geprüft, ob Fachforen
203 weiter bestehen sollen.

204 Eine wichtige Aufgabe, die Fachforen weiterhin übernehmen, ist die Wahl von
205 Delegierten für die Bundesarbeitsgemeinschaften (kurz BAG) von Bündnis 90/Die
206 Grünen. Es wurde geprüft, welche Gremien die BAG-Delegierten statt der Fachforen

207 wählen könnten, es wurde aber keine adäquate Alternative gefunden, welche den
208 demokratischen und organisatorischen Standards entspricht.

209 Wir empfehlen deswegen, die Fachforen vorerst beizubehalten und empfehlen dem
210 nächsten Bundesvorstand nach einer Alternative für die Wahl der BAG-Delegierten
211 zu suchen und sich weiterhin mit der Frage auseinanderzusetzen, ob Fachforen
212 weiter bestehen sollen.

213 **BuKo-Reform**

214 Die Verbandsanalyse hat gezeigt, dass der Bundeskongress in seiner aktuellen
215 Form kein guter Debattenort ist. Außerdem haben Bundesvorstand und
216 Bundesgeschäftsstelle das Feedback gegeben, dass der Bundeskongress
217 organisatorisch und finanziell zunehmend die Kapazitäten des Verbands sprengt.
218 Ausgehend von diesem Ist-Zustand und dem Beschluss im Arbeitsprogramm haben wir
219 als Arbeitsbereich Kriterien entwickelt, die ein idealer Bundeskongress erfüllen
220 sollte. Ziel war es, dass auf Grundlage dieser Kriterien verschiedene Konzepte
221 zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des Bundeskongresses geprüft werden
222 können. Wichtige Themenfelder bei den Kriterien waren Teilhabe, finanzielle und
223 organisatorische Umsetzbarkeit, Beteiligung und Inklusion. Dabei war klar, dass
224 es kein Szenario gibt, dass allen Kriterien perfekt entspricht.

225 Nach Gesprächen mit anderen uns nahestehenden Jugendorganisationen, der
226 Bundesgeschäftsstelle, den Grünen und Menschen mit Behinderung in der Grünen
227 Jugend, haben wir die Kriterien nochmal überarbeitet. Auf dem BuVo-LaVo-Treffen
228 wurden sie dann nochmal mit Verantwortungsträger*innen aus allen Landesverbänden
229 besprochen. Daraus hat sich dann eine finale Version ergeben, mit der wir
230 Szenarien für einen reformierten Bundeskongress prüfen konnten.

231 Uns war es wichtig, dass die von uns erarbeiteten Kriterien mit dem ganzen
232 Verband geteilt werden. Deshalb gab es im [Mitgliedermagazin](#), welches zum
233 Frühjahrskongress erschienen ist, eine Vorstellung der sechs Kriterien.
234 Zusätzlich wurden alle Kriterien nochmal in einem Dokument, das in der Grünen
235 Wolke für alle Mitglieder zugänglich ist, ausführlich erklärt. Da es keine
236 kritischen Rückmeldungen zu den Kriterien gab, glauben wir, dass diese im Großen
237 und Ganzen vom Verband geteilt wurden. Auch die Besprechung auf den
238 Regionalforen hat gezeigt, dass es dazu keinen grundlegenden Widerspruch gab.
239 Damit bilden sie eine gute Grundlage, um die Szenarien zu prüfen.

240 Auf Grundlage der Kriterien, Input aus dem Verband und aus Ideen aus den
241 Gesprächen mit anderen Verbänden, haben wir diverse Szenarien entwickelt, wie
242 der Bundeskongress verändert werden könnte und diese an den Kriterien gemessen.
243 Als eine erste Kategorie haben wir einige Szenarien gefunden, die wir relativ
244 schnell ausschließen konnten.

245 Dazu zählt zunächst ein **Bundeskongress als Zeltlager**, bei dem die Hoffnung
246 bestand, durch die wegfallende Miete für eine Schule Kosten zu sparen. Dies
247 würde jedoch die Barriere sowohl für Menschen, die aus verschiedensten Gründen
248 nicht Zelten können oder wollen, stark erhöhen. Zentraler Ausschlussgrund war
249 für uns jedoch, dass Fridays For Future Zelt-Kongresse mit einer ähnlichen
250 Teilnehmerszahl durchführt und dabei aufgrund der erforderlichen Logistik
251 (Wasser, Sanitäranlagen etc.) ähnlich hohe Kosten wie für unseren Bundeskongress
252 entstehen. Die Hoffnung, durch ein Zeltlager Kosten zu sparen, erfüllt sich also
253 nicht. Dieses Szenario scheitert gleich an mehreren Kriterien, ohne besondere
254 Vorteile an anderen Stellen mit sich zu bringen.

255 Auch die Möglichkeit, den **Bundeskongress sponsern** zu lassen, um hohe Kosten
256 auszugleichen, erwies sich als wenig sinnvoll. Hierzu haben wir uns den
257 Parteitag der Grünen angeschaut, der immer stark gesponsert wird. Hiermit können
258 die Grünen jedoch nur einen niedrigen 5-stelligen Betrag generieren, denen
259 gleichzeitig erhebliche Mehrkosten für die zusätzliche Halle entgegenstehen, in
260 der die Stände der Unternehmen stehen. Für uns wäre davon auszugehen, dass diese
261 Einnahmen noch einmal geringer ausfallen würden und entsprechend keinen
262 signifikanten Effekt auf die Finanzierung des Bundeskongresses hätten und somit
263 in keinem Kriterium besser abschneidet, als der aktuelle Bundeskongress.
264 Außerdem bietet die einzige Schule, in der wir gerade noch einen Bundeskongress
265 abhalten können, schlichtweg auch keinen Platz für einen großen
266 Aussteller*innen-Bereich.

267 Schnell ausschließen konnten wir auch einen **rein digitalen Bundeskongress**, der
268 die Buchung einer großen Location, Bereitstellung von Essen und
269 Schlafgelegenheiten obsolet machen würde. Hier gibt es einerseits starke
270 Bedenken zur rechtssicheren Umsetzung von insbesondere digitalen Personenwahlen.
271 Außerdem haben wir alle durch die Corona-Pandemie Erfahrungen damit gemacht, wie
272 die Debattenqualität in digitalen Formaten leidet. Gleichzeitig würde eine
273 starke Ungleichbehandlung von Menschen und ihren Redebeiträgen auf Grundlage
274 ihrer finanziellen und damit technischen Möglichkeiten entstehen. Entsprechend
275 schneidet dieses Szenario zwar sehr gut in dem organisatorischen Kriterium ab,
276 aber insbesondere, dass Mitglieder gerne teilnehmen und die mögliche
277 Außenwirkung gehen dabei jedoch fast vollständig verloren.

278 Zuletzt konnten wir auch alle Szenarien, welche **andere Arten der**
279 **Entscheidungsfindung** abseits von einem Plenum mit formalisierten Debatten und
280 Mehrheitsentscheidungen beinhalten, wie Konsensverfahren, Fluide-Demokratie,
281 usw., ausschließen. Hier haben wir schlicht kein Beispiel gefunden, wo diese mit
282 einer ähnlich großen Gruppe wie dem Bundeskongress durchgeführt wurden. Und von
283 Menschen, die Prozesse dieser Art z.B. in einem Konsensverfahren bei Ende Gelände
284 organisiert haben, wurde uns die Einschätzung bestätigt, dass diese Konzepte
285 wahrscheinlich nicht anwendbar auf eine Gruppe dieser Größenordnung sind.

286 In einem folgenden Schritt haben wir uns die Szenarien genauer angeschaut,
287 welche nach unseren Erkenntnissen tatsächlich eine Verbesserung der Situation
288 erreichen und relevante Zustimmung im Verband erhalten könnten. Diese Szenarien
289 haben wir daher auch auf den Regionalforen besprochen und die Teilnehmenden dazu
290 aufgefordert, sie auch mit ihren Kreisverbänden zu besprechen und Rückmeldung an
291 uns oder ihren Landesvorstand zu geben.

292 Zunächst haben wir uns hier die Möglichkeit angeschaut, den **Bundeskongress nur**
293 **noch alle zwei Jahre** durchzuführen. So würden die Kosten nur noch halb so häufig
294 anfallen, es würde jedoch weiterhin allen das Recht geben, am Bundeskongress
295 teilzunehmen und das Verbandshighlight in seiner jetzigen Form würde zwar
296 seltener, aber trotzdem erhalten bleiben. Als Problematik hat sich hierbei
297 ergeben, dass Gelder nicht ohne weiteres zwischen Jahren transferiert werden
298 können, wodurch in den Jahren mit Bundeskongress die finanziellen Mittel extrem
299 belastet und in den anderen Jahren stark geschont werden würden. Dies würde die
300 Haushaltsplanung deutlich verkomplizieren. Außerdem wurde auf den Regionalforen
301 häufiger problematisiert, große Entscheidungen und Bundesvorstandswahlen nur
302 alle zwei Jahren durchführen zu können. Dazu kommt, dass die Problematik, dass
303 sich, wie die Verbandsumfrage gezeigt hat, viele Aktive auf dem Bundeskongress
304 unter anderem wegen seiner Größe nicht mehr wohlfühlen, nicht gelöst werden
305 würde. Insgesamt war aus diesen Gründen dieses Szenario in den Rückmeldungen aus
306 dem Verband auch eher unbeliebt.

307 Als weitere Möglichkeit haben wir ein **First-Come-First-Serve System** geprüft.
308 Hierbei würde eine feste Anzahl an Plätzen auf dem Bundeskongress festgehalten
309 werden und an die Personen vergeben werden, die sich als Erstes anmelden. So
310 würde theoretisch die Möglichkeit für alle erhalten bleiben, am Bundeskongress
311 physisch teilzunehmen und gleichzeitig würde eine feste planbare Größe des
312 Bundeskongresses sichergestellt werden. Sowohl uns im Arbeitsbereich als auch in
313 vielen Diskussionen auf den Regionalforen wurde dieses System als sehr unfair
314 bewertet und als Alternative ein **Verlosungssystem** diskutiert. Hierbei würde
315 ebenfalls eine feste Anzahl an Teilnehmenden festgehalten und durch eine
316 Verlosung unter allen Anmeldungen innerhalb eines festgelegten Zeitraums
317 sichergestellt. So würden nicht Menschen, die sich schnell entscheiden und sich
318 anmelden können, bevorzugt und gleichzeitig könnte man durch Quotierungen nach
319 z.B. Gender, Landesverbänden, ländlichem/städtischen Raum, usw. angemessene
320 Repräsentationen sicherstellen. Hierbei würden die jeweiligen Gruppen jedoch
321 nicht für sich selbst entscheiden, wer sie repräsentiert, sondern das Los würde
322 es entscheiden. Außerdem ist eine Überrepräsentation einer Sub-Gruppe, auf die
323 nicht quotiert wird und sich koordiniert in großer Zahl anmeldet, gut möglich.
324 Zu diesem System war die Stimmung auf den Regionalforen und den einzelnen
325 Rückmeldungen aus Kreisverbänden aufgrund der genannten Argumente sehr
326 durchmischt.

327 Zuletzt haben wir ausführlich ein **Delegiertensystem** geprüft, da wir hierzu auch
328 explizit mit dem letzten Arbeitsprogramm beauftragt wurden. In einem solchen

329 System könnte die Teilnehmendenzahl ebenfalls auf einen festen Wert festgelegt
330 werden und die Plätze nach einem Schlüssel auf die verschiedenen Gebietsverbände
331 der GRÜNEN JUGEND verteilt werden, welche dann selbst entscheiden, wer sie auf
332 diesen Plätzen repräsentiert. Dabei könnten entweder die Kreisverbände oder die
333 Landesverbände die Orte sein, an denen die Delegationen festgelegt werden. Auch
334 eine Variante, in der die Landesverbände selbst entscheiden, ob sie oder ihre
335 Kreisverbände die Delegationen festlegen, ist denkbar. Wenn die Anzahl an
336 Delegierten hauptsächlich durch die Mitgliederzahl des jeweiligen Verbands
337 festgelegt würde, könnte sichergestellt werden, dass eine möglichst gleichmäßige
338 Repräsentation aller Mitglieder erfolgt. Gleichzeitig könnte z.B. durch eine
339 feste Mindestanzahl an Delegierten pro Verband eine angemessene leichte
340 Überrepräsentation strukturschwacher Gebiete sichergestellt werden. Durch eine
341 Quotierung der Delegierten bei der Wahl (sollte es Verbände mit nur eine*r
342 Delegiert*en geben, auch wechseljährig) und gezieltes Empowerment könnte auch
343 eine angemessene Repräsentation von marginalisierten Gruppen verbessert werden.
344 Gleichzeitig können die Verbände die wichtigen Fragen des Bundeskongresses im
345 Vorfeld diskutieren und ihren Delegierten Meinungen und Stimmungen mitgeben,
346 sodass diese alle in der Entscheidungsfindung auf dem Bundeskongress
347 berücksichtigt werden. Auch kreative Methoden, wie ein gemeinsames Schauen des
348 Livestreams und eine Chatgruppe mit den Delegierten, in denen die Meinungen live
349 mitgeteilt werden, bleibt den Verbänden selbst überlassen. Gleichzeitig ist es
350 in diesem System nicht mehr möglich, dass alle Mitglieder physisch am
351 Bundeskongress teilnehmen und würde dies bevorzugt für in ihrem Gebietsverband
352 gut vernetzte Verantwortungsträger*innen ermöglichen. Diese können durch ihre
353 Kenntnis ihres Gebietsverbands besser vertreten, eine Teilnahme von weniger gut
354 vernetzten oder neuen Mitgliedern ist damit unwahrscheinlicher.

355 Unser Ziel, verschiedene Delegiertensysteme (Landesverband oder Kreisverband,
356 verschiedene Verteilungs-Schlüssel, verschiedene Größen des Kongresses, usw.)
357 konkret durchzurechnen und vorzustellen, konnten wir nicht realisieren, da vom
358 entsprechenden Dienstleister der Grünen bis heute keine Daten über
359 Mitgliederzahlen in allen Kreisverbänden vorgelegt werden konnten. Daher ist
360 sowohl unsere Betrachtung als auch die Diskussion auf den Regionalforen auf der
361 hier beschriebenen abstrakten Ebene verlaufen. Auf den Regionalforen hat dieses
362 System die größte, jedoch keine überwältigende Zustimmung erhalten.

363 Sowohl in unserer Prüfung als auch in den Diskussionen auf den Regionalforen
364 haben immer wieder auch Mischungen aus diesen Szenarien eine Rolle gespielt.
365 Insbesondere wechseljährig einen Bundeskongress wie bisher als
366 Mitgliederversammlung und einen Delegiertenkongress abzuhalten, spielte hierbei
367 oft eine Rolle. Dabei würde die finanzielle Wechselhaftigkeit, nur alle zwei
368 Jahre einen Bundeskongress durchzuführen, mit der stärkeren Beteiligung von
369 Verantwortungsträger*innen kombiniert werden, gleichzeitig jedoch zumindest eine
370 gewisse finanzielle Entlastung und eine gewisse Erhaltung des aktuellen
371 Verbandshighlights bewirken. So sind alle Mischungen, die wir betrachtet haben,
372 eher Kombinationen, in denen die Nachteile sich summieren und die Vorteile nur

373 geringfügig verbessert werden. Daher haben diese im Weiteren keine größere Rolle
374 gespielt.

375 Abschließend können wir festhalten, dass auf den Regionalforen vor allem ein
376 Verlosungs-System sowie ein Delegiertenkongress Zustimmung als mögliche Reformen
377 des Bundeskongresses gefunden haben. Beide waren dabei beliebter als der Status-
378 Quo und der Delegiertenkongress hat etwas mehr Zustimmung erhalten. Als
379 Arbeitsbereich favorisieren wir dabei klar einen Delegiertenkongress, da dieser
380 nach unserer Abwägung die Kriterien und insbesondere eine gerechte
381 Repräsentation des Verbands, mit der Möglichkeit, am besten Entscheidungen im
382 Sinne des gesamten Verbands zu treffen, am besten erfüllt. Um den
383 unterschiedlichen Meinungen im Verband Rechnung zu tragen, empfehlen wir dem
384 nächsten Bundesvorstand, sobald genauere Mitgliedsdaten der Kreisverbände
385 vorliegen, Satzungsänderungen für sowohl mindestens ein Delegiertensystem als
386 auch ein Verlosungs-System vorzubereiten und auf dem nächsten Bundeskongress zur
387 Abstimmung zu stellen. Dieser Prozess sollte dabei weiterhin durch ausführliche
388 Debatten mit dem gesamten Verband begleitet werden.

F-1 Nachtragshaushalt 2024

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.09.2024
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

1 Hier findet ihr den Finanzreader für den gesamten Bundeskongress:

2 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/T6JExqW334x4mCs>

3
4 Hier findet ihr den Nachtragshaushalt 2024 inklusive Anmerkungen einzeln:

5 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/4RzjkYJbQZj4D8Q>

Begründung

Erfolgt mündlich.

F-2 Haushalt 2025

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.09.2024
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

1 Hier findet ihr den Finanzreader für den gesamten Bundeskongress:

2 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/T6JExqW334x4mCs>

3

4 Hier findet ihr den Haushalt 2025 inklusive Anmerkungen einzeln:

5 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/H69F26SEsAR7tW>

6 Hier findet ihr die Rücklagenentwicklung bis 2025 einzeln:

7 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/MjYbrAt3oJZEoeT>

Begründung

Erfolgt mündlich

F-3 Jahresabschluss 2023

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.09.2024
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

1 Hier findet ihr den Finanzreader für den gesamten Bundeskongress:

2 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/T6JExqW334x4mCs>

3

4 Hier findet ihr den Jahresabschluss 2023 inklusive Anmerkungen einzeln:

5 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/3JF3WDPJKg8soHx>

Begründung

Erfolgt mündlich.

F-4 Rechnungsprüfungsbericht 2023

Gremium: Celina Schmidt, Natalie Strom
Beschlussdatum: 17.09.2024
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

1 Hier findet ihr den Finanzreader für den gesamten Bundeskongress:

2 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/T6JExqW334x4mCs>

3

4 Hier findet ihr den Rechnungsprüfungsbericht 2023 einzeln:

5 <https://wolke.netzbegruenung.de/s/QGikP4N9CMb2eLg>

Begründung

Erfolgt mündlich.

J-A-1 Arbeits- und Sozialpolitik als Schwerpunkt im Bundestagswahlkampf

Antragsteller*in: Jakob Gatz (KV Gotha Thüringen)
Tagesordnungspunkt: J.A Kampagnenantrag

Antragstext

1 Nach den Ostwahlen ist klar, die soziale Frage muss wieder mehr in den
2 Mittelpunkt unserer Kommunikation rücken. Dafür sollte die Grüne Jugend folgende
3 Forderungen in Ihrer Bundestagswahl Kampagne aufstellen:

4 Seit 2 1/2 Jahren erleben wir eine starke Inflation, die das Leben für uns teuer
5 macht. Besonders hart trifft es Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen,
6 wie Alleinerziehende, Geringverdienende, vor allem aber junge Menschen, die mit
7 wenig Geld im Studium das Barfög, wie auch das Azubi Gehalt, ihren
8 Lebensunterhalt finanzieren müssen. Daher fordern wir als Grüne Jugend endlich
9 das Klimageld, sowie eine steuerliche Entlastung für die Menschen, die jeden Tag
10 zur Arbeit gehen und unseren Wohlstand hart erarbeiten.

11 Bei der Rente sieht es noch viel kritischer aus. Dabei steht die Frage im Raum,
12 ob wir jungen Menschen bis 70 arbeiten müssen. Gleichzeitig werden die Beiträge
13 der Rentenversicherung, aber auch die der anderen Sozialversicherungen , auf
14 Grund der Demographie, immer größer, die wiederum das Nettoeinkommen immer mehr
15 auffrisst. Die Grüne Jugend fordert daher, dass die Rente älter als 67
16 ausgeschlossen ist, das alle Menschen gleichermaßen in die gesetzliche
17 Rentenversicherung einzahlen, das Rentenniveau bei 80% zum letzten Bruttogehalt
18 liegt und ein Moratorium von fünf Jahren bei der Erhöhung der Beiträge zu den
19 gesetzlichen Sozialversicherungen.

20 Da dies viele junge Menschen bewegt sollte die Grüne Jugend dies zum zentralen
21 Wahlkampfthema im Bundestagswahlkampf machen.

Begründung

Ich kenne viele junge Menschen in meinem Freundeskreis, die Probleme hatten, mit ihren Arubigehalt oder dem Barfög ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Auch bei denen, die schon voll im Beruf tätig sind. Im Landtagswahlkampf in Thüringen ist mir das sehr häufig begegnet. Viele Freunde sind an mich herangetreten und meinten zu mir, die Grüne Jugend zeige hier zu wenig Flagge. Sie haben das Gefühl, wir als linker Jugendverband seien nicht mehr als Anwälte für hart arbeitende Menschen mit kleinen und mittleren

Einkommen nicht wahrnehmbar. Das Gleiche gilt für das Thema Rente, während Teile der Union die Rente mit 70 wollen und die AfD die gesetzliche Rentenversicherung komplett abschaffen will, kommt von uns nicht mal die Ansage, dass wir zu einer sicheren gesetzlichen Rente mit der Schmerzgrenze von 65 Jahren stehen. Viele junge Menschen in meinem Freundeskreis haben sehr viel Angst davor, dass sie im Alter keine sichere Rente haben. Das muss sich ändern, wenn wir bei jungen Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen im Bundestagswahlkampf punkten wollen. Das muss die Lehre aus den Ostwahlen sein, wo viele junge Menschen dann leider zur AfD gegangen sind, obwohl die Grünen bei jungen Menschen noch vor 3 Jahren die Mehrheit hatten.

J-A-2 Kampagne für die Bundestagswahl 2025

Gremium: KV Nordwestmecklenburg
Beschlussdatum: 26.09.2024
Tagesordnungspunkt: J.A Kampagnenantrag

Antragstext

1 Zur Bundestagswahl 2025 sehen wir uns einem nie da gewesenen Rechtsruck
2 gegenüber. Die durch Corona gebrochenen Lieferketten und der russische
3 Angriffskrieg haben einen Preisschock ausgelöst, der die Inflationsrate in die
4 Höhe schnellen ließ. Das Leben wurde teurer, während die Löhne hinterherhinken.
5 Entlastungspakete wurden nur zu kurz geschnürt. Das Fallen der Wirtschaft in
6 eine Rezession und der Rückgang der Konsumausgaben, verändern die politische
7 Stimmung im Land zu Ungunsten von Arbeitslosen, aber vor allem von
8 Asylbewerber*innen. Die Forderung nach mehr Abschiebung erfährt mittlerweile
9 große Zustimmung in der gesamten Bevölkerung. Die rechtsextremen Kräfte
10 profitieren enorm von der Versteifung auf dieses Thema, während die politische
11 Linke es nicht schafft, ein Asylrecht für alle zu rechtfertigen. Angriffe auf
12 politische Entscheidungsträger*innen nehmen zu, genauso wie das
13 Protestwahlverhalten. Zu betonen ist in der Asyldebatte vor allem, dass sie
14 Ausdruck der Unzufriedenheit ist. Das Einstürzen der Carola-Brücke ist ein gutes
15 Beispiel für die marode deutsche Infrastruktur, die so viele in diesem Land
16 frustriert.

17 Es war schon in den letzten vierzig Jahren nötig mehr Geld auszugeben, aber
18 jetzt ist es Zeit dafür einzustehen. Schluss mit der neoliberalen Ideologie,
19 dass der Staat nur das Geld seiner Steuerzahler*innen hat. Dadurch, dass ein
20 Staat seine eigene Währung schöpft, ist es nicht notwendig einen
21 "ausgeglichenen" Haushalt aufzustellen. Die Beendigung dieses Denkens macht den
22 Weg frei, um soziale Politik unabhängig von der Besteuerung reicher Menschen zu
23 machen. Die Erzählung der nachhaltigen Staatsfinanzen könnte genauso beiseite
24 gewischt werden, wie die Erbsenzähler-Kürzungen der letzten Jahre.
25 Arbeitslosigkeit kann wieder als wichtigste wirtschaftliche Kennzahl in
26 Erscheinung treten. Denn eine Wirtschaft ist vor allem erst dann ausgelastet,
27 wenn Vollbeschäftigung erreicht wird. Natürlich muss bei der staatlichen
28 Geldschöpfung auf die Auslastung der Wirtschaft geachtet werden, denn wenn die
29 Nachfrage nach einem etwas das Angebot übersteigt, werden Preise erhöht, es
30 entsteht also Inflation.

31 Die deutsche Wirtschaft ist momentan nicht ausgelastet, steigende

32 Arbeitslosenzahlen, weniger offene Stellen und der Rückgang der Konsumausgaben
33 zeigen das. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und der entstehende Frust ist
34 eine Gefahr für die öffentliche Ordnung.

35 Wir als GRÜNE JUGEND haben als Jugendorganisation einer Regierungspartei einen
36 Platz in der Öffentlichkeit, den wir nutzen können, um den Diskurs mit guten
37 Argumenten zu bereichern. Wir verfügen über die Mittel, gute Social Media
38 Inhalte zu produzieren, die aufklären und unterhalten. Wir wollen darauf
39 hinwirken, den Lebensstandard der unteren Einkommensklassen endlich zu
40 verbessern!

41 **Kostenloser ÖPNV**

42 Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist nicht nur ein Mittel zur
43 Fortbewegung, sondern ein entscheidender Faktor für soziale Gerechtigkeit und
44 Klimaschutz. In ländlichen Regionen bleibt der Zugang oft eingeschränkt, während
45 in den Städten die hohen Kosten für Fahrkarten viele Menschen davon abhalten,
46 den ÖPNV regelmäßig zu nutzen. Unsere Forderung nach einem kostenlosen und
47 flächendeckend verfügbaren ÖPNV basiert auf der Überzeugung, dass Mobilität ein
48 Menschenrecht ist.

49 Der Verkehrssektor trägt in Deutschland massiv zur Emission von Treibhausgasen
50 bei. Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir den Kraftverkehr reduzieren und
51 Alternativen schaffen. Ein kostenloser ÖPNV würde Menschen dazu motivieren, das
52 Auto stehenzulassen und auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. So entlasten
53 wir nicht nur die Umwelt, sondern auch den Geldbeutel vieler Menschen.
54 Gleichzeitig schaffen wir eine sozialere Gesellschaft, in der Mobilität nicht
55 mehr vom Einkommen abhängt.

56 **Erhöhung des Einkommenssteuerfreibetrags**

57 Ein gerechtes Steuersystem bildet die Grundlage für eine solidarische
58 Gesellschaft. Doch das aktuelle System bevorzugt hohe Einkommen und vertieft die
59 soziale Ungleichheit. Der Einkommenssteuerfreibetrag, der festlegt, ab wann
60 Einkommen besteuert wird, spielt dabei eine zentrale Rolle. Eine Anhebung dieses
61 Freibetrags reduziert nicht nur die Zahl der Steuerfälle und verringert den
62 bürokratischen Aufwand, sondern führt auch zu einer Entlastung aller
63 Steuerzahler*innen.

64 **Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel**

65 Ein weiteres zentrales Element unserer Kampagne ist die Streichung der
66 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel. Die aktuellen Lebensmittelpreise
67 belasten vor allem die ärmeren Teile der Gesellschaft. Während Menschen mit

68 hohem Einkommen nur einen geringen Teil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben,
69 müssen Geringverdiener oft einen erheblichen Anteil ihres Einkommens dafür
70 aufwenden. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel verstärkt diese
71 Ungleichheit zusätzlich. Wir fordern daher die vollständige Abschaffung der
72 Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs wie Brot, Milch, Gemüse und
73 Obst.

74 Durch diese Maßnahme können wir sicherstellen, dass sich alle Menschen in
75 Deutschland notwendige Lebensmittel leisten können. Niemand soll vor die Wahl
76 gestellt werden, ob er die Miete bezahlt oder sich seine Ernährung leisten kann.
77 Gerade in Zeiten steigender Inflation und wirtschaftlicher Unsicherheiten ist es
78 wichtig, dass der Staat aktiv eingreift, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu
79 schützen. Die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel ist ein
80 entscheidender Schritt, um Armut zu bekämpfen.

81 **Senkung der Sozialbeiträge**

82 Die hohen Sozialabgaben stellen für viele Menschen eine erhebliche Belastung
83 dar, insbesondere für diejenigen, die ohnehin nur ein geringes Einkommen haben.
84 Daher fordern wir eine Senkung der Sozialbeiträge, um Geringverdiener zu
85 entlasten und ihnen mehr Netto vom Brutto zu ermöglichen.

86 **Kostenlose Bildung**

87 Bildung ist der Schlüssel zu sozialem Aufstieg und Chancengleichheit. In
88 Deutschland hängt der Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung jedoch immer
89 noch stark vom sozialen Hintergrund ab. Von der frühkindlichen Bildung bis zur
90 Hochschulausbildung sind die Bildungschancen oft ungleich verteilt. Dies führt
91 dazu, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien seltener höhere
92 Bildungsabschlüsse erreichen und somit in ihren Möglichkeiten beschränkt werden.
93 Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, fordern wir eine umfassende Reform
94 des Bildungssystems, in deren Zentrum die kostenlose Bildung für alle steht.

95 Kostenlose Bildung bedeutet nicht nur die Abschaffung von Studien- und Kita-
96 Gebühren. Es bedeutet auch, dass Bildungseinrichtungen so ausgestattet werden
97 müssen, dass sie allen Schüler*innen und Studierenden die bestmögliche
98 Unterstützung bieten. Wir fordern massive Investitionen in Schulen,
99 Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen, um sicherzustellen, dass Bildung
100 für alle zugänglich und qualitativ hochwertig ist.

101 Die Digitalisierung des Bildungssystems ist dabei ein zentraler Bestandteil. In
102 einer zunehmend digitalen Welt dürfen Kinder und Jugendliche nicht aufgrund
103 ihrer Herkunft oder finanziellen Situation von moderner Technologie
104 ausgeschlossen sein. Kostenfreie und umfassend ausgestattete Lernumgebungen sind
105

106 ein Muss, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Nur so können wir
107 sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen die Fähigkeiten erwerben, die
sie für ein selbstbestimmtes Leben in der digitalen Zukunft benötigen.

108 **Weitere Inhalte**

109 Natürlich gibt es viele weitere Themen, die die Leben vieler Menschen betreffen,
110 aber viele von ihnen sind nicht Wahl entscheidend. Wir müssen uns für den
111 Walkampf auf unsere Kernforderungen fokussieren, denn unser Ziel ist es, einen
112 Großteil der Bevölkerung abzuholen. Natürlich sind Veränderungen in der Umwelt-,
113 Tierschutz-, Drogen-, Asyl-, Gleichstellungspolitik nötig, aber diese Themen
114 sind für die vielen nicht betroffenen Menschen nicht relevant und sollten
115 deshalb keine besondere Rolle in dieser Kampagne spielen.

116 Hierbei muss betont werden, dass den wenigen Betroffenen natürlich sehr viel
117 daran liegt, einen anderen gesellschaftlichen Umgang zu erfahren. Sie haben ein
118 Recht darauf, anders behandelt zu werden. Deshalb dürfen die Lösungen, auch wenn
119 sie nicht Teil des Wahlkampfs sind, nicht unter den Tisch fallen!

120 Klimaschutz ist entscheidend für den Fortbestand des Lebens, wie wir es heute
121 kennen. Klimaneutralität ist ein wichtiges Ziel unserer Gesellschaft und dennoch
122 soll das Klima keine große Rolle im Wahlkampf spielen. Das bedeutet natürlich
123 nicht, dass Abstriche beim Klimaschutz gemacht werden sollen - ganz im
124 Gegenteil.

125 Genauso der Angriffskrieg gegen die Ukraine: Es ist richtig, ein
126 völkerrechtswidrig angegriffenes Land zu unterstützen, sodass seine
127 Unabhängigkeit erhalten bleibt. Nichtsdestotrotz wird es kein Thema im Wahlkampf
128 sein.

129 Unser Angebot im Wahlkampf soll aufzeigen, was die Politik aktuell für die
130 Bürger*innen tun kann und nicht andersherum.

131 **Umsetzung:**

132 Mit dieser neuen Kampagne wollen wir zeigen, dass wir als Organisation, vereint
133 durch starke Werte und schlagkräftige Inhalte, Großes bewegen können. Bereits in
134 der Vergangenheit haben wir gezeigt, dass eine klare Positionierung in der
135 Öffentlichkeit uns sichtbar und hörbar macht. Dieses Mal setzen wir verstärkt
136 auf den digitalen Raum. Kurze, prägnante Videos werden unser Mittel sein, um
137 unsere Argumente in die Breite zu tragen – online, auf Social Media und überall
138 dort, wo wir junge Menschen erreichen können. Unsere Inhalte sollen nicht nur
139 informieren, sondern auch zum Mitmachen und Nachdenken anregen.

140 Wir bauen auf unseren bisherigen Erfolgen auf und wollen noch mehr Potenziale
141 ausschöpfen. In den letzten Monaten haben uns viele neue Mitstreiter*innen
142 erreicht, die genau wie wir eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft wollen.
143 Diese Aktivist*innen werden wir durch gezielte Social Media-Workshops und
144 Trainings in den Kreisverbänden und Landesverbänden befähigen, sich aktiv in
145 unserer neuen Kampagne. Dabei wollen wir ihnen die Werkzeuge an die Hand geben,
146 um in den sozialen Medien kraftvoll und professionell aufzutreten. Gemeinsam
147 bereiten wir uns auf die nächsten Schritte vor, denn diese Kampagne lebt davon,
148 dass wir auf allen Ebenen präsent und organisiert sind.

149 Mit einer sorgfältigen Vorbereitung und einem strukturierten Vorlauf müssen wir
150 sicherstellen, dass unser Ansatz nicht nur kurzfristig greift, sondern
151 langfristig Wirkung zeigt. In einem Umfeld, in dem der digitale Wahlkampf immer
152 wichtiger wird.

153 Unser Ziel ist es, junge Menschen nicht nur anzusprechen, sondern sie aktiv in
154 den politischen Prozess einzubinden. Wer bei uns mitmacht, ist von Anfang an ein
155 wichtiger Teil unserer Bewegung. Ob bei der Entwicklung von Kampagneninhalten
156 oder in der Umsetzung– bei uns wird politische Arbeit aktiv gestaltet! Lasst uns
157 also gemeinsam diese Chance nutzen, unsere Positionen lautstark und
158 selbstbewusst mit guten Argumenten nach außen zu tragen.

159 **Los geht's**

160 Der Bundesvorstand wird beauftragt ein Wahlkampfteam für die Bundestagswahl 2025
161 einzurichten. Es erarbeitet auf Grundlage dieses Antrags eine bundesweite
162 Kampagne. Der Bundesvorstand entsendet fünf Mitglieder, darunter die beiden
163 Sprecher*innen und die politische Geschäftsführerin, in das Wahlkampfteam. In
164 Absprache mit den Landesvorständen koordiniert das Wahlkampfteam die
165 Durchführung der Kampagne. Im Rahmen der weiteren Ausgestaltung beschäftigt sich
166 das Wahlkampfteam darüber hinaus mit der Personalisierung einzelner
167 Themenschwerpunkte oder Geschichten.

168 Die Kampagne zur Bundestagswahl braucht uns alle! Lasst uns im nächsten Jahr
169 gemeinsam mit einem neuen Vorstand und dieser Kampagne kraftvoll voranschreiten!

Begründung

Wir sind für Änderungsvorschläge und Nachfragen an gustavburmester@icloud.com gerne offen.

K-1 Erneuerung und Stärkung der Grünen Jugend durch einen Erneuerungsbeirat

Antragsteller*in: Anastasia Hansen
Tagesordnungspunkt: K Aktuelle politische Lage: Schluss mit
Krise - holen wir uns die Zukunft zurück!

Antragstext

1 Der Rücktritt des aktuellen Bundesvorstandes der Grünen Jugend kam für uns alle
2 überraschend. Wir sehen unser politisches Zuhause weiterhin in der Grünen Jugend
3 und wollen diesen Verband stärken. Dafür brauchen wir jetzt eine breite Debatte
4 im Verband.

5 Auf dem Bundeskongress 2024 soll ein „Erneuerungsbeirat“ gewählt werden. Dieser
6 Beirat besteht aus Mitgliedern der Grünen Jugend. Es können maximal 100 Personen
7 Mitglied im Beirat sein. Expert*innen wie ehemalige Mitglieder können beratend
8 teilnehmen. Der Beirat soll die Breite und Vielfalt des Verbandes
9 repräsentieren, insbesondere auch Basismitglieder, weshalb der Beirat seine
10 Arbeitsweise selbst festlegt. Ggf. können auf dem Länderrat Mitglieder
11 nachgewählt werden.

12 Der Beirat unterstützt dabei den Bundesvorstand, die Grüne Jugend zu stärken und
13 neu aufzustellen. Er arbeitet grundsätzlich unabhängig vom Bundesvorstand und
14 legt seine Arbeitsweise hierzu selbst fest. Er soll eine integrative Funktion
15 haben und die Grüne Jugend nicht weiter spalten.

16 Der Beirat soll zum kommenden Bundeskongress ein Konzept erarbeiten, wie die
17 Grüne Jugend weiter gestärkt werden kann und Vorschläge erarbeiten, wie sie sich
18 in Zukunft politisch positionieren möchte. Außerdem soll eine Erneuerung des
19 Selbstverständnisses Teil der Arbeit sein. Der Beirat soll seine Ergebnisse
20 fortlaufend dem Bundesvorstand und anderen Gremien wie Landesvorständen
21 mitteilen. Auf dem Bundeskongress 2025 stellt er seine Arbeit und Ergebnisse zur
22 Debatte.

23 Der Beirat soll zudem nach Möglichkeit breite Debatten innerhalb des Verbandes
24 führen und mit möglichst vielen Mitgliedern und Verantwortungsträger*innen auf
25 allen Ebenen ins Gespräch kommen. Alle Mitglieder haben die Möglichkeiten dem
26 Beirat Stellungnahmen zu geben, die dieser beachten muss. Der Beirat kann eine
27 Mitgliederbefragung durchführen.

Begründung

Ihr könnt gerne Änderungsanträge stellen. Ich freue mich über Fragen, Anmerkungen und Kritik an: anastasiagj@mailbox.org

T-1 Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 22.08.2024
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1: Formalia
- 2 TOP 2: Präferenzwahl
- 3 TOP 3: Schluss mit Krise – holen wir uns die Zukunft zurück!
- 4 TOP 4: Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes
- 5 TOP 5: Wahl des Bundesvorstands
- 6 TOP 6: Finanzen
- 7 TOP 7: Arbeitsprogramm & Abschlussbericht des Arbeitsbereichs Debattenorte
- 8 TOP 8: Kampagne zur Bundestagswahl: Kampagnenantrag & Wahl Kampagnenteam zur
9 Bundestagswahl 2025
- 10 TOP 9: Verschiedene Anträge

V-1 Förderung der demokratischen Teilhabe im Verband

Antragsteller*in: Ali Khademolhosseini
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 **Aufgrund des Ablaufs der Antragsfrist für den aktuellen Bundeskongress wird**
2 **hiermit beantragt, dass die nachfolgend aufgeführten Satzungsänderungsvorschläge**
3 **verbindlich auf die Tagesordnung des nächsten Bundeskongresses gesetzt und dort**
4 **behandelt werden.** Die vorgeschlagenen Änderungen sind **von erheblicher Bedeutung**
5 **für die effiziente und transparente Durchführung der Mitgliederversammlung** sowie
6 **für die Sicherstellung der Gleichbehandlung bei der Antragsstellung.** Sie dienen
7 der Behebung wesentlicher Defizite in der derzeitigen Satzung, die in ihrer
8 bestehenden Form unnötige Hürden und Intransparenz verursachen.

9 Die derzeitigen Fristen für die **Einladung zur Mitgliederversammlung (8 Wochen)**
10 und die **Einreichung von Satzungsänderungsanträgen (9 Wochen)** erweisen sich in
11 der Praxis als unpraktikabel und widersprüchlich. Für die Mehrheit der
12 Mitglieder ist es **faktisch kaum möglich, sich rechtzeitig über den genauen**
13 **Termin des Bundeskongresses zu informieren**, da die Frist zur Einreichung von
14 Satzungsänderungsanträgen bereits eine Woche vor dem Versand der Einladung
15 abläuft. Dies erschwert es den Mitgliedern erheblich, ihre Antragsrechte in
16 vollem Umfang wahrzunehmen.

17 Darüber hinaus mangelt es an **einer klaren und einheitlichen Regelung zur**
18 **Einreichung von Anträgen.** Diese Unklarheiten **beeinträchtigen die partizipative**
19 **Demokratie innerhalb des Verbandes erheblich**, da sie unter bestimmten Umständen
20 dazu führen können, dass Anträge unbeabsichtigt übersehen werden. Dies hat zur
21 Folge, dass viele Mitglieder unabsichtlich faktisch von der Ausübung ihrer
22 Rechte ausgeschlossen werden könnten.

23 **Eine Anpassung der Fristen auf 10 Wochen für die Einladung zur**
24 **Mitgliederversammlung und auf 8 Wochen für die Einreichung von**
25 **Satzungsänderungsanträgen ist daher unerlässlich, um sicherzustellen**, dass alle
26 Mitglieder ausreichend Zeit haben, sich angemessen vorzubereiten und ihre
27 Anträge fristgerecht einzureichen. Zusätzlich ist die **Einführung eines**
28 **transparenten und standardisierten Verfahrens zur Antragsstellung erforderlich**,
29 **um die Rechte der Mitglieder zu sichern und die demokratischen Prozesse im**
30 **Verband zu stärken.**

31 **1. § 8, Absatz 2 – Erhöhung der Ladungsfrist auf 10 Wochen:**
32 Der Text „Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen.
33 Sie wird vom Bundesvorstand mit einer Ladungsfrist von 8 Wochen einberufen.“
34 wird wie folgt geändert:

35 „Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Sie
36 wird vom Bundesvorstand mit einer Ladungsfrist von 10 Wochen einberufen.“

37 **2. § 8, Absatz 3b – Einfügen eines neuen Absatzes zur Einreichung von Anträgen:**
38 Ein neuer Absatz wird eingefügt, der wie folgt lautet:

39 *„Alle Anträge, inklusive Dringlichkeits- und Änderungsanträge sowie*
40 *Bewerbungen, werden über Antragsgrün (<https://bv.antrag.gruene-jugend.de/>)*
41 *eingereicht. Die Angabe enthält Name und Kreisverband der beantragenden*
42 *Mitglieder und den Wortlaut des Antrages. Dazu sind zum Zwecke der*
43 *Kontaktaufnahme eine E-Mail-Adresse und eine Mobilfunknummer zu*
44 *hinterlegen. Zusätzlich wird bei von Mitgliedern gemeinschaftlich*
45 *gestellten Anträgen das Geschlecht abgefragt, um den Frauenanteil bei den*
46 *Antragsteller*innen darzustellen.“*

47 **3. § 22, Absatz 1, Satz 2 – Verkürzung der Frist für Satzungsänderungsanträge**
48 **auf 8 Wochen:**

49 Der Text „Satzungsänderungsanträge müssen neun Wochen vor der
50 Mitgliederversammlung eingereicht sein.“ wird wie folgt geändert:

51 „Satzungsänderungsanträge müssen acht Wochen vor der Mitgliederversammlung
52 eingereicht sein. Änderungsanträge zu diesen Anträgen haben eine Frist von
53 zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung.“

Begründung

Weitere Begründung erfolgt mündlich

V-2 Solidarität muss praktisch bleiben- Vollste Solidarität mit der Ukraine

Antragsteller*in: Katharina Müller
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

Solidarität muss praktisch bleiben: Vollste Solidarität mit der Ukraine

1
2 Unsere Generation ist mit Frieden in Europa aufgewachsen, doch dieser Frieden
3 wurde durch die brutale russische Völlinvasion im Februar 2022 beendet. Seitdem
4 durchlebt die Ukraine eine verheerende Krise, die unermüdlichen Kampf und
5 immense Opfer fordert. Putin bestrafte den Freiheitsdrang und das Streben der
6 Ukraine, Teil der europäischen Gemeinschaft zu werden, durch die Annexion der
7 Krim und den Krieg in der Ostukraine. Seit mehr als zehn Jahren führt Russland
8 nun einen Krieg gegen die Ukraine und gegen die europäische Friedensordnung.

9 Die Folgen sind auch bei uns spürbar: Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen,
10 insbesondere durch die steigenden Energiepreise, die direkt mit dem Konflikt in
11 der Ukraine zusammenhängen. Trotz dieser finanziellen Belastungen müssen wir
12 entschlossen und solidarisch an der Seite der Ukraine bleiben. Ihre
13 unverbrüchliche Entschlossenheit und ihr Kampf um Freiheit verdienen unsere
14 Solidarität und Unterstützung. Der Weg zu Frieden und Gerechtigkeit mag
15 herausfordernd sein, aber gemeinsam können wir die Lasten tragen und für eine
16 gerechte Welt kämpfen.

Solidarität muss praktisch bleiben:

17
18 Für die Ukraine begann mit 2024 das wohl schwierigste Kriegsjahr seit der
19 russischen Völlinvasion. Es ist klar, dass Russland diesen Krieg sofort beenden
20 könnte, wenn es wollte. Bisher hat Russland jedoch alle Verhandlungen scheitern
21 lassen und vergangene Abmachungen, wie die Vereinbarungen zur Annexion der Krim,
22 ignoriert. Auch die Bedingungen, die Russland in den vergangenen Monaten
23 gestellt hat, um an den Verhandlungstisch zu kommen, zeigen deutlich, dass
24 Russland derzeit kein echtes Interesse an Frieden hat.

25 Solidarität mit der Ukraine bedeutet, das Recht eines Landes auf
26 Selbstbestimmung und territoriale Integrität zu unterstützen. Die Ukraine kämpft
27 nicht nur für ihre eigene Freiheit, sondern auch für die europäischen Werte von
28 Demokratie, Menschenrechten und Frieden.

29 Für uns heißt Solidarität die Stimme derjenigen zu erheben, die unter der
30 russischen Aggression leiden und oft nicht gehört werden. Es heißt, ihre
31 Erfahrungen, Ängste und Nöte in den öffentlichen Diskurs zu tragen und darauf
32 aufmerksam zu machen, was dieser Krieg wirklich bedeutet – Angst, Verlust,
33 Zerstörung und das Ringen um Freiheit. Solidarität heißt, nicht wegzusehen,
34 sondern sich aktiv dafür einzusetzen, dass das Unrecht, das ihnen widerfährt,
35 weltweit anerkannt und verurteilt wird.

36 Solidarität heißt schließlich, unsere moralische Verantwortung wahrzunehmen und
37 den Eigennutzen und Egoismus beiseite zu legen, um den Kampf der Ukraine für
38 Freiheit, Frieden und Menschenrechte als unsere gemeinsame Sache zu sehen.

39 Deshalb sagen wir:

- 40 • **Die Ukraine entscheidet selbst**, wann sie welche Schritte in Richtung
41 Verhandlungen oder andere weitere Schritte unternimmt.

- 42 • **Die deutsche Bundesregierung unterstützt die Ukraine solange wie nötig mit**
43 **Waffenlieferungen**, um sich gegen Putins brutalen Angriffskrieg zu
44 verteidigen, damit diese im Falle von Verhandlungen aus einer **Position der**
45 **Stärke verhandeln kann**.

- 46 • Wir fordern eine **umfassende und langfristige Unterstützung beim**
47 **Wiederaufbau der Ukraine**. Dies ist nicht nur ein Akt der humanitären
48 Hilfe, sondern auch ein strategischer Beitrag zur Stabilität in der Region
49 sowie den Weg für einen dauerhaften Frieden und eine erfolgreiche
50 Integration in die europäische Gemeinschaft zu ebnen.

51 **Propaganda entlarven- russische Propaganda in Deutschland systematisch aufdecken** 52 **und bekämpfen**

53 Neben den physischen Übergriffen spielt auch russische Propaganda eine zentrale
54 Rolle in diesem Konflikt. Sie versucht, die Realität der Vorfälle zu verzerren
55 und die russische Bevölkerung sowie die internationale Gemeinschaft zu
56 beeinflussen und auch hier in Deutschland Fuß Fassen und beispielsweise von der
57 AfD oder dem "Bündnis Sara Wagenknecht" genutzt wird. Die Darstellung des
58 Krieges wird durch Propaganda oft so gelenkt, dass Russland als Befreier und
59 Verteidiger der russischsprachigen Bevölkerung präsentiert wird, während
60 westliche Berichterstattung und internationale Vorwürfe als feindliche Lügen
61 dargestellt werden. Diese manipulativen Informationen sollen Zweifel an den
62 schwerwiegenden Anschuldigungen säen und die Unterstützung für den russischen
63

Kurs sicherstellen.

64 Wir wollen:

- 65 • Dass **Präventionsprogramme in Deutschland gestärkt werden**, um Menschen, die
66 von der russischen Propaganda beeinflusst werden und möglicherweise in
67 Erwägung ziehen, sich von Deutschland aus dem Krieg in Russland
68 anzuschließen. Solche Programme müssen gezielt aufklären, die falschen
69 Narrative der Propaganda entlarven und Alternativen aufzeigen.

- 70 • Außerdem setzen **wir uns für die Förderung von Aussteigerprogrammen ein**,
71 die speziell für Personen entwickelt werden, die aus der russischen
72 Propaganda aussteigen möchten. Diese Programme sollen Menschen
73 unterstützen, die sich von den falschen Narrativen und extremistischer
74 Ideologie distanzieren und wieder einen klaren Blick auf die Realität
75 gewinnen wollen.

- 76 • Ebenso wichtig ist es, die **russische Propaganda in Deutschland**
77 **systematisch aufzudecken und zu bekämpfen**. Sie schürt Fehlinformationen,
78 spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Sicherheit und Demokratie in
79 ganz Europa.

80 Wir alle wollen Frieden in und für die Ukraine. Falls Russland diesen Krieg
81 gewinnen und Teile des besetzten Gebiets halten sollte, besteht die Gefahr, dass
82 andere autoritäre Regime den Eindruck gewinnen, ein völkerrechtswidriger
83 Angriffskrieg könne sich auch für sie lohnen. Dies stellt eine ernsthafte
84 Bedrohung für die Sicherheit von uns allen dar!

Begründung

Inmitten des anhaltenden Krieges gegen die Ukraine werden die Rufe nach (Friedens-) Verhandlungen immer lauter – oft aus einem berechtigten Wunsch nach einem Ende des Leids und der Gewalt. Doch diese Rufe dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein voreiliger Frieden, der die russische Aggression ungestraft lässt, die Sicherheit Europas langfristig gefährden würde. Die Ukraine muss stark bleiben, um ihre Souveränität und Freiheit zu verteidigen. Es ist entscheidend, dass wir nicht nachgeben und Wladimir Putin nicht unterschätzen: Sein Regime hat wiederholt gezeigt, dass es bereit ist, völkerrechtswidrige Kriege zu führen, und dass es langfristige geopolitische Ambitionen verfolgt. Ein aktueller „Frieden“ zu Putins Bedingungen würde die Grundlage für weitere Aggressionen schaffen – nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Teilen Europas und der Welt.

Unsere Solidarität mit der Ukraine ist daher nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine

strategische Notwendigkeit, um Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa langfristig zu gewährleisten. Zudem müssen wir hier in Deutschland entschlossen auf die russische Propaganda und Desinformationskampagnen reagieren, die den Krieg verzerren und versuchen, das Vertrauen in unsere Demokratien zu untergraben. Es ist wichtig, dass wir Präventionsmaßnahmen verstärken, um zu verhindern, dass Menschen durch falsche Informationen radikalisiert werden und sich dem russischen Narrativ anschließen. Dabei sind Bildungs- und Aufklärungsprogramme essenziell, die besonders jene ansprechen, die anfällig für die russische Propaganda sind und möglicherweise sogar erwägen, sich von Deutschland aus am Krieg auf russischer Seite zu beteiligen.

Durch gezielte Präventionsprogramme müssen wir sicherstellen, dass Fehlinformationen, die Putins Regime verbreitet, aufgedeckt und neutralisiert werden. Dies dient nicht nur dem Schutz der ukrainischen Bevölkerung, sondern auch der Sicherheit und Stabilität hier in Deutschland und Europa insgesamt.

V-3 Evaluation sowie Neudenken der Bildungsarbeit innerhalb der Grünen Jugend

Antragsteller*in: Katharina Müller
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Der Bundesvorstand wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bildungsteam der
2 Grünen Jugend und ggf. externen Expert:innen eine umfassende Evaluation der
3 Bildungsarbeit der Grünen Jugend durchzuführen. Ziel der Evaluation soll es
4 sein, die Wirksamkeit und Qualität sowie Zugänglichkeit der bisherigen
5 Bildungsarbeit zu analysieren und Vorschläge zur Verbesserung zu erarbeiten.

6 Besonderes Augenmerk soll dabei auf folgende Aspekte gelegt werden:

7 1. **Textarbeit:** Es soll überprüft werden, wie die Methoden der Textarbeit
8 innerhalb der Bildungsarbeit angewendet werden und ob diese effektiv zur
9 Wissensvermittlung und kritischen sowie differenzierten Auseinandersetzung
10 mit politischen Inhalten beitragen. Dabei soll hinterfragt werden,
11 inwieweit die Textarbeit niederschwellige Angebote fördert, insbesondere
12 im Hinblick auf das Ziel des Verbandes, im Rahmen der Europakampagne
13 Angebote zu schaffen, die für alle offen und zugänglich sind. Es ist zu
14 berücksichtigen, dass Textarbeit für Menschen, die nicht aus einem
15 akademischen Umfeld kommen, eine andere Schulform besuchen oder denen das
16 Lesen von komplexen Texten schwer fällt – sei es bspw. aufgrund von
17 Legasthenie, deutsch nicht Muttersprache ist oder anderen Faktoren – oft
18 eine Barriere darstellt.

19 2. **Einsatz von selbst ausgebildeten Mitglieder:** Es soll evaluiert werden,
20 inwiefern der überwiegende Einsatz der Ausbildung von Mitgliedern der
21 Grünen Jugend in der Bildungsarbeit qualitativ vergleichbar ist mit der
22 Arbeit von Fachreferent:innen. Dabei soll geprüft werden, ob die internen
23 Ausbildungen ausreichend sind, um die notwendige Expertise und Kompetenz
24 zu vermitteln und ab wann die Einbindung von Fachreferent:innen sinnvoll
25 wäre, um das Niveau der Bildungsarbeit zu verbessern.

26 3. **Abwechslung in der Bildungsarbeit:** In der Evaluation soll auch die Frage

27 untersucht werden, welche alternativen und abwechslungsreichen Methoden
28 zur Wissensvermittlung über Textarbeit eingesetzt werden können, um ein
29 breiteres Spektrum an Lernbedürfnissen abzudecken und allen Mitgliedern
30 den Zugang zu Bildungsinhalten zu ermöglichen. Dies ist insbesondere vor
31 dem Hintergrund des Ziels der Grünen Jugend, Bildungsangebote inklusiv und
32 für alle zugänglich zu gestalten, von Bedeutung.

33 **Außerdem sollen neue Wege für die Bildungsarbeit der Grünen Jugend erarbeitet**
34 **werden**, die insbesondere innovative, digitale und partizipative Formate
35 berücksichtigen. Ziel ist es, die Bildungsarbeit noch stärker auf die
36 unterschiedlichen Lebensrealitäten junger Menschen auszurichten und dabei sowohl
37 niedrigschwellige Zugänge als auch diversitätsbewusste Ansätze zu fördern. Dazu
38 gehört auch, interdisziplinäre Lernmethoden und -inhalte zu entwickeln, die
39 aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen, soziale Ungleichheiten und globale
40 Probleme wie Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und politische
41 Partizipation thematisieren. Ebenso sollen Möglichkeiten geprüft werden,
42 Kooperationen mit anderen Jugendorganisationen, NGOs und Bildungseinrichtungen
43 auszubauen, um Synergien zu schaffen und den Wirkungsgrad der Bildungsarbeit zu
44 erhöhen.

45 Das Ergebnis der Evaluation soll dem Bundesvorstand und der Mitgliedschaft in
46 Form eines Berichts auf dem kommenden Länderrat präsentiert werden, sowie an die
47 Landesvorstände gehen. In einem geeigneten Format, bspw. auf dem Länderrat zur
48 Diskussion gestellt werden. Ziel ist es, eine nachhaltige Verbesserung der
49 Bildungsarbeit zu ermöglichen und die Kompetenzen der Mitglieder der Grünen
50 Jugend weiterhin zu stärken.

Begründung

Die Bildungsarbeit der Grünen Jugend ist ein zentrales Instrument der politischen Bildung und Selbstorganisation unserer Mitglieder. Um die hohe Qualität dieser Arbeit zu gewährleisten und den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, ist eine regelmäßige Evaluation notwendig. Insbesondere die Ausbildung eigener Mitglieder steht dabei im Fokus, da diese in vielen Bereichen nicht über die Expertise verfügen, die Fachreferent:innen einbringen. Eine solche Evaluation kann dazu beitragen, strukturelle Schwächen zu identifizieren und gezielt Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsarbeit zu entwickeln.

Im Rahmen der Europakampagne hat sich die Grüne Jugend verstärkt zum Ziel gesetzt, einen Verband zu schaffen, der für alle offen ist. Dies bedeutet, dass unsere Bildungsarbeit so gestaltet werden muss, dass sie auch Menschen ohne akademischen Hintergrund oder Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen Probleme beim Lesen von Texten der deutschen Sprache haben. Hinzu kommt, dass viele Texte auch erst verständlich sind, wenn man sich beispielsweise im Abitur oder Studium befindet- die Grüne Jugend hat aber auch viele Mitglieder, welche viel jünger sind oder diese Wege nicht einschlagen werden. (Komplexe) **Textarbeit kann für viele eine Hürde darstellen, weshalb die Evaluation auch die Frage berücksichtigen soll, inwiefern unsere Methoden diese Barrieren abbauen oder verstärken.** Gleichzeitig müssen wir als

Grüne Jugend sicherstellen, dass unsere Bildungsangebote den Grundsatz der Bildungsgerechtigkeit fördern. Bildung muss für alle zugänglich und niederschwellig sein. Als Grüne Jugend verfolgen wir das Ziel unsere Mitglieder in ihrer Selbstwirksamkeit zu stärken und wollen sie in dieser nicht schwächen.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wie mehr Abwechslung zur Textarbeit geschaffen werden kann, um vielfältige Lernzugänge zu ermöglichen und allen Mitgliedern, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Bildungshintergrund, die Teilnahme an Bildungsangeboten zu erleichtern.

V-5 Zeitenwende: Die Grüne Jugend neu erfinden!

Antragsteller*in: Ben Budt
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 **Mit der Entscheidung, auf dem nächsten BuKo nicht mehr zu kandidieren und aus**
2 **der Partei auszutreten, hat der Bundesvorstand den Weg für einen Neuanfang in**
3 **der Grünen Jugend freigemacht. Wir, die sich dafür entscheiden, weiter Teil der**
4 **Grünen Jugend zu sein, haben jetzt die Möglichkeit, diese neu zu gestalten. Doch**
5 **dieser Neuanfang wirft entscheidende Fragen auf: Wie sieht unsere politische**
6 **Arbeit in Zukunft aus? Wie definieren wir uns innerhalb der politischen**
7 **Landschaft? Wie können wir wieder konstruktiv mit der grünen Partei**
8 **zusammenarbeiten? Aber vor allem: Wer wollen wir als Grüne Jugend in Zukunft**
9 **sein?**

10 **Um die durch den bisherigen Bundesvorstand ausgelöste Krise erfolgreich zu**
11 **bewältigen, müssen wir uns diesen grundlegenden Fragen stellen. Der anstehende**
12 **Bundeskongress bietet den Rahmen, um erste Debatten zu führen – er wird jedoch**
13 **nicht ausreichen, um diese zu klären. Daher fordern wir mit diesem Antrag den**
14 **zukünftigen Bundesvorstand dazu auf, einen umfassenden Strukturprozess zu**
15 **starten, der sowohl strukturelle als auch charakterliche Aspekte unseres**
16 **Verbands umfasst. Dabei ist es entscheidend, dass die Mitglieder aktiv**
17 **einbezogen werden, denn die wertvollsten Ideen und Impulse kommen aus unserer**
18 **Mitte. Es ist an der Zeit, dass unsere Stimmen wieder gehört werden!**

19 **Um diesem Prozess eine klare Struktur zu geben, beauftragen wir den zukünftigen**
20 **Bundesvorstand, den Frühjahrskongress 2025 als Strukturkongress der Grünen**
21 **Jugend zu gestalten. Die dort erarbeiteten Ergebnisse sollen in einen Antrag**
22 **übertragen werden, der auf dem Bundeskongress 2025 zur Abstimmung gebracht wird.**

23 **Gemeinsam wollen wir die Grüne Jugend neu aufstellen – demokratisch, links**
24 **transparent und zukunftsfähig.**

V-6 Parlamente nicht den Rechten überlassen!

Antragsteller*in: Maximilian Meier; Bernhard Schüßler;
Sophia Viktoria Kirsch; Jonas Turber; Anna
Gmeiner; Sina Köstler; Lilli Grosch; Joachim
Weiss; Alexander Gleichauf; Hans Cahn;
Lukas Spanier
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Die politischen Herausforderungen unserer Zeit sind riesig. Als linker
2 Jugendverband stehen wir vor einer Situation, in der immer mehr Krisen
3 politische Fragen aufwerfen, die eigentlich immer mehr linke Antworten erfordern
4 – zugleich sehen wir aber, dass immer mehr Menschen an der Wahlurne immer mehr
5 rechte Antworten suchen. Das hat zur Folge, dass sich immer mehr Rechte in immer
6 mehr Parlamenten einnisten. Beflügelt davon, greifen Rechte immer mehr nach den
7 Schalthebeln der Macht – und werden damit immer mehr zur Bedrohung für
8 zahlreiche Menschen. Als GRÜNE JUGEND dürfen und werden wir dabei nicht zusehen!
9 Wir müssen das „Immer Mehr“ endlich beenden und zurückdrängen!

10 Die politische Wetterlage hat sich nach 2022 stark gedreht. Und wenn ein Sturm
11 aufzieht, muss man auch bereit sein, den Kurs anzupassen – sonst gerät man in
12 Seenot. Die GRÜNE JUGEND muss die politische Wetterlage ernst nehmen und sich
13 verbandsstrategisch das Ziel setzen, wieder stärker in die Räte und Parlamente
14 hineinzuwirken und dort unseren Einfluss zu nutzen. Das ist besonders wichtig,
15 weil sich die grünen Realos immer mehr von der rechten Strömung mitreißen
16 lassen. Gerade in diesen Zeiten dürfen wir unsere linken Parteifreund*innen
17 nicht allein im Regen stehen lassen. Wir müssen an ihrer Seite stehen.

18 Denn wo Linke fehlen, machen sich Rechte breit. Wir dürfen Parlamente nicht den
19 Rechten überlassen, sonst sind wir am Ende selbst verlassen. Überlassen wir den
20 Rechten die Hebel der Macht, werden diese keine Sekunde zögern, die Uhren
21 zurückzudrehen, mühsam erkämpfte Erfolge progressiver Politik zunichtezumachen
22 und unsere Demokratie nach und nach auszuhöhlen. Besonders wenn Rechte überall
23 laut werden, müssen wir als GRÜNE JUGEND dagegenhalten! In allen Gremien und auf
24 allen Ebenen, auf der Straße wie in Räten und Parlamenten – unsere Stimme wird
25 auch dort gebraucht, wo wir in der Minderheit sind, um die linke
26 Zivilgesellschaft zu stärken.

27 Um Missverständnisse zu vermeiden: Natürlich ist es völlig richtig, dass die
28 GRÜNE JUGEND ihrem Selbstverständnis zufolge einen Schwerpunkt auf die
29 Zivilgesellschaft, das Organisieren von außerparlamentarischen Bündnissen und
30 Mehrheiten innerhalb der Gesellschaft legt. Der Kampf um Hegemonie innerhalb
31 gesellschaftlicher Diskurse ist von entscheidender Bedeutung für langfristige
32 Veränderungen in eine linke Richtung. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit
33 eigenen Kampagnen auch jenseits von Wahlen einen langfristigen linken
34 Machtaufbau betreiben, um linke Mehrheiten in der Gesellschaft zu organisieren.

35 Die GRÜNE JUGEND darf hierbei allerdings nicht stehen bleiben – schon gar nicht
36 in dieser politischen Wetterlage. Wir wissen, dass wir unsere demokratischen
37 Institutionen im Blick behalten müssen, um unsere Ziele zu erreichen. In
38 Demokratien organisieren wir durch freie und faire Wahlen den Zugang zu
39 politischer Gestaltungsmacht. Den Fokus hiervon abzuwenden und damit die
40 demokratische Entscheidungsgewalt den Rechten zu überlassen, kann keine
41 erfolgsversprechende Strategie im Kampf gegen Rechts sein. Das ist darüber
42 hinaus auch nicht im Interesse unserer linken Inhalte, die wir in den Räten und
43 Parlamenten, aber auch in der Partei umsetzen wollen.

44 Es ist nicht egal, wer in Parlamenten oder Regierungen sitzt. Wenn im
45 Brandenburger Landtag wirklich jede wichtige Verfassungsänderung von
46 Rechtsextremen blockiert werden kann, nur weil eine einzige Stimme fehlt, ist es
47 nicht egal, wie viele grüne und linke Abgeordnete dort sitzen. Gerechte Politik
48 braucht neben Druck von der Straße auch Abgeordnete, die diesen Druck in
49 Parlamente tragen und Mehrheiten schaffen. Es macht einen Unterschied, wer dort
50 sitzt. Einen noch deutlicheren Unterschied macht es auch bei den kommenden
51 Bundestagswahlen. Wir dürfen nicht zulassen, dass im Bundestag bald über 20 %
52 Nazis sitzen. Wir müssen dagegenhalten! Jeder Nazi im Parlament ist einer zu
53 viel!

54 Wir als GRÜNE JUGEND sind es progressiver Politik, vor allem aber den von
55 rechter Politik bedrohten Menschen schuldig, Wahlen, Parlamente und Regierungen
56 nicht den Rechten zu überlassen. Deshalb bekennen wir uns als GRÜNE JUGEND zu
57 einer Verbandsstrategie, die (1) den Spagat zwischen Straße und Parlament
58 meistert, die sich sowohl mit eigenen Kampagnen und Protesten auf der Straße als
59 auch an zukünftigen Wahlkämpfen auf wieder beteiligt; (2) die stärker den
60 konstruktiven Diskurs mit der Mutterpartei sucht, um einerseits eine produktive
61 Zusammenarbeit zu schaffen und andererseits sich weiterhin als linkes Korrektiv
62 innerparteilich einzumischen; (3) und die diese Haltung in ihren
63 Bildungsveranstaltungen vermittelt. Radikal in der Analyse, pragmatisch in der
64 Strategie!

Begründung

Erfolgt im Antragstext und mündlich.

V-7 Ausbeutung von Minderjährigen stoppen - gesetzlichen Mindestlohn auch für Jugendliche!

Antragsteller*in: Marlen Drechsler
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 **Der Mindestlohn verfehlt sein Ziel, diejenigen vor Ausbeutung zu schützen, die**
2 **am häufigsten davon betroffen sind. Deshalb muss §22MiLoG weg!**

3 Laut §22 MiLoG sind Jugendliche, also Personen ab 15 und unter 18, nicht
4 Arbeitnehmer*innen denen Mindestlohn zusteht. Und das gilt unabhängig davon
5 welche Beschäftigungsform diese ausüben. Das gilt für Minijobber*innen,
6 Praktikant*innen, aber auch Jugendliche in Teilzeitbeschäftigung. Solange diese
7 Jugendlichen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben werden sie vom Gesetz
8 als Arbeiter*innen zweiter Klasse bewertet, die den Mindestlohn nicht verdient
9 haben. Das Gesetz beschließt nahezu willkürlich welche Gruppen den Mindestlohn
10 verdient haben und welche nicht. Am meisten davon diskriminiert werden
11 Jugendliche und junge Erwachsene.

12 Laut dem Gesetzgeber war 2014 die Begründung dafür, dass Jugendliche nicht mit
13 Mindestlohn bezahlt werden sollen, da Bezahlung mit Mindestlohn einen Anreiz
14 bieten würde keine Berufsausbildung oder ein Studium zu beginnen. Eine
15 fadenscheinige Ausrede, denn was hier wirklich zutage tritt ist, dass der Lohn
16 nicht danach bemessen wird, was die Arbeit wert ist, sondern danach was das
17 mindeste ist mit dem man durchkommt.

18 Darüber hinaus besagt dieser Artikel des Gesetzes außerdem, dass
19 Praktikant*innen, die dieses Praktikum als Pflichtbestandteil ihres
20 Studiums/ihrer Ausbildung absolvieren, dieses ebenfalls nicht per Mindestlohn
21 vergütet bekommen müssen. Selbiges gilt, wenn das Praktikum zur
22 Berufsorientierung dient und/oder weniger als 3 Monate andauert. Die
23 Begründungen dafür sind aus der Luft gegriffen und die Praxis zeigt:
24 Praktikant*innen werden als billige Arbeitskräfte missbraucht.

25 Das Berufsausbildungsgesetz legt die Mindestvergütung für einen Auszubildenden im
26 1. Lehrjahr 2023 für 620€ an. Bei der Erhöhung dieser Mindestvergütung gilt,
27 dass diese mindestens den Maximalen Lohn einer Minijobber*in überschreiten muss
28 um einen Anreiz zu bieten eine Berufsausbildung zu beginnen. Dabei ist 620€ im

29 Monat für 40-Wochen, wie sie etwa in handwerklichen Ausbildung üblich sind, die
30 pure Ausbeutung.

31 Das solche Zustände politisch hingenommen werden muss enden.

32 **Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND:**

- 33 • der Geltungsbereich des Mindestlohns soll auch auf Personen unter 18
34 ausgeweitet werden.

- 35 • der Paragraf zur Mindestvergütung im Berufsbildungsgesetz soll so
36 geändert, dass bereits Auszubildende mit mindestens dem gesetzlichen
37 Mindestlohn vergütet werden.

- 38 • Praktikant*innen, insbesondere solche, die ein Praktikum als Pflichtteil
39 ihres Studiums/Ausbildung absolvieren müssen, sollen mindestens mit dem
40 gesetzlichen Mindestlohn vergütet werden.

41 Ohne diese Forderungen bleibt das Mindestlohngesetz unrechtmäßig ungerecht oder
42 um es in den Worten des Bundesverfassungsgericht: unverhältnismäßig ungleiche
43 Behandlung von Gleichem.

Begründung

Der gesetzliche Mindestlohn verfolgt die klare Aufgabe Arbeitnehmer*innen vor Ausbeutung und Dumpinglöhnen zu schützen. Eine davon am häufigsten betroffene Gruppe sind Berufseinsteiger*innen, also vorrangig junge Menschen, oft schon bevor sie eine fertige Berufsausbildung haben und bevor sie das 18. Lebensjahr erreichen. Wenn der Mindestlohn also diese Gruppen nicht umfasst, dann scheitert er am selbsterklärten Ziel. Er lässt Jugendliche in Arbeit schutzlos zurück und erlaubt systematische Ausbeutung.

Die Koalition aus CDU, CSU und SPD begründeten 2014 die Entscheidung, den gesetzlichen Mindestlohn nicht für Jugendliche gelten zu lassen damit, dass diese keine Anreize in der Erwerbstätigkeit sehen sollen, die dazu führen keine Berufsausbildung oder einen höheren Bildungsweg anzustreben. Diese Begründung scheitert schon alleine darin, dass mit der aktuellen Vergütung Auszubildende im ersten Lehrjahr 620 € als Mindestentgelt erhalten (§17 BBiG). Das ist also auch kein Anreiz für Jugendliche eine Berufsausbildung zu beginnen, das erklärte Ziel wird damit nicht erreicht. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung bestätigt, dass es keine Anzeichen dafür gibt, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns die Entscheidung eine Berufsausbildung zu beginnen beeinflusst.

Darüber hinaus erscheint es unglaublich, dass Jugendliche, deren Sorgen sich ebenso um den Lebenserhalt (also Miete, Strom, Essen, etc.) drehen, einen Karriereweg einschlagen, bei dem sie bereits mit 16 sich Vollzeit auf Mindestlohnbasis beschäftigen lassen. In der Regel treten Jugendliche so früh in die Beschäftigung ein, weil sie sich erhoffen durch ihren Lohn etwas ermöglichen zu können (soziale Teilhabe,

eine Reise, Führerschein, etc.).

Es gibt keinen einzigen Ansatz zu erklären, warum der Mindestlohn nicht für Jugendliche, Praktikant*innen oder auch Azubi*s gilt. Übrig bleibt nur zu glauben, dass es sich hierbei um eine Möglichkeit handelt junge Arbeitnehmer*innen auszubeuten. Anders bleibt auch nicht zu erklären, warum in der Arbeit einer 18-jährigen Person und einer 17-jährigen Person ein so zentraler Unterschied bestünde, dass diese nicht das gleiche Entgelt erhalten dürfen. Wieder einmal, wie so oft, ist nicht die Qualität der Arbeit entscheidend, sondern schlicht der Fakt, dass der Staat hier den Schutz einer sozial schwachen Gruppen nicht schützt und damit in seiner Aufgabe versagt, zu Gunsten der Wirtschaft und denen, die es sich leisten können.

V-8 Beschluss zur kritischen Begleitung der Regierungsarbeit von Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller*in: Constantin Heinold und Silvia Fredenhagen
Tagesordnungspunkt: V Weitere Anträge

Antragstext

1 Nach dem überraschenden Verzicht auf eine erneute Kandidatur unseres grünen
2 Bundesvorstandes und der offenen Unzufriedenheit mit der Arbeit der
3 Bundesregierung, auch der Grünen Minister*innen, muss die GRÜNE JUGEND ihr
4 Verhältnis zu ihrer Altpartei neu definieren.

5 Uns ist bewusst, dass eine Regierungsbeteiligung immer Kompromisse erfordert.
6 Wir betrachten jedoch mit großer Sorge, dass mit zunehmendem Alter der Koalition
7 mehr und mehr Beschlüsse auf Kosten der Ursprungswerte der Grünen getroffen
8 werden. Beschlüsse, deren Grundlage und Geist dem Koalitionsvertrag vollständig
9 entgegenstehen. Frei nach dem Prinzip ‚Only Nixon could go to China‘ werden
10 massenhaft Beschlüsse getroffen, welche die Moral der Partei und ihrer
11 Jugendorganisation verletzen.

12 Die Regierungsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen treibt damit einen Spaltkeil
13 zwischen sich, ihre Partei und ihre Jugendorganisation. Austritte aus
14 Vorstandspositionen der GRÜNEN JUGEND und verlorene Landtagswahlen sind eine
15 direkte Folge dieser Politik, in welcher sich der totale Verlust der Werte der
16 Partei hinter einer vermeintlichen Erzeugung von Stabilität in der Regierung
17 anstellen muss. Damit laufen wir direkt in die Falle der Koalitionspartner, die
18 diese Drohkulisse der einstürzenden Regierung aktiv erzeugen, um die Grüne
19 Partei, die Kraft des Fortschrittes in dieser Regierung, zu schwächen und
20 zurückzuweisen.

21 Daraus folgt die Notwendigkeit der Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Bund, eine
22 Teilverantwortung für die Wahlniederlagen im Osten zu übernehmen, wozu wir sie
23 als GRÜNE JUGEND auffordern. Die GRÜNE JUGEND betrachtet daher aktuell an der
24 Bundesregierung beteiligte Personen nicht als geeignet, die Partei Bündnis 90/
25 Die Grünen aus der Krise zu führen.

26 Die GRÜNE JUGEND wird die Partei Bündnis 90/Die Grünen speziell **nicht** bei
27 folgenden Projekten *unterstützen* oder die Entscheidungen der Koalition in
28 folgenden Punkten *verteidigen*:

29 **- Verschärfung der Migrationspolitik**

30 Die Datenlage ist klar: Das Kürzen von Leistungen für Asylbewerber senkt die
31 Chancen einer gelungenen Integration. Kern unserer Asylpolitik müssen die
32 Menschenwürde und die Lehren aus dem Holocaust sein. Jede Verschärfung, die auch
33 nur einen Zweifel zulässt, dass dies das Fundament unserer Migrationspolitik
34 ist, ist abzulehnen. Wir lehnen ebenfalls das populistische Abschieben von
35 Asylsuchenden in politisch unsichere Herkunftsregionen ab.

36 **- Rückkehr zur austeritären Sozialpolitik**

37 Jeder Mensch, der wohnhaft in der Bundesrepublik ist, hat ein Anrecht auf ein
38 Menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe.

39 Mit der effektiven Absenkung der Sozialleistungen auf das Niveau der vorherigen
40 ALG2 (Hartz 4) ist das nicht gegeben. Teilnahme an der Gesellschaft ist nur auf
41 dem Papier, durch Unmengen zeitintensive und würdelose Beantragungsprozesse
42 teilweise möglich.

43 Ein erster Schritt aus dieser Politik kann nur ein präzedenzloser und
44 weitgehender Abbau von Bürokratie im Sozialsystem mit gleichzeitiger Erhöhung
45 der Leistungen sein.

46 **- effektive Aushebelung der Klimaziele**

47 Durch die sektorenübergreifende Prüfung der Emissionsziele werden die
48 notwendigen radikalen Veränderungen, insbesondere in den Bereichen Bau und
49 Verkehr, verhindert. Einen Aufschub können wir uns jedoch nicht leisten, denn
50 mit immer weiter fortschreitender Zeit werden notwendige Maßnahmen und Folgen
51 immer radikaler und noch weniger mehrheitsfähig. Die Veränderung des
52 Klimaschutzgesetzes ist ein effektiver Anschlag auf die planetare Gesundheit.

53 Ein stilles Hinnehmen dieser Gesetzesänderungen unter Beteiligung der
54 Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen würde einer Duldung gleichkommen
55 und die GRÜNE JUGEND zu Komplizen einer falschen und teilweise
56 menschenfeindlichen Politik machen.

57 Die Zeit für eine solidarische und ökologische Kursänderung ist jetzt!

Begründung

Als GRÜNE JUGEND, die so vertrauensvoll und eng mit unseren Partner*innen in der Partei Bündnis 90/Die Grünen zusammenarbeitet, sind wir in der Verantwortung klar zu benennen, wenn ihre Politik Parteibasis und

Stammwähler*innen zurücklässt. Die Wahlen für das Europaparlament, im Osten und die Rücktrittswelle im Verband sind hierfür klare Zeichen.

Für Änderungsanträge, Fragen, Anmerkungen und Kritik stehen wir unter heinold.gj@gruene-coburg.de und fredenhagen.gj@gruene-coburg.de jederzeit zur Verfügung.

Constantin Heinold und Silvia Fredenhagen

Cosprecher*innen der GRÜNE JUGEND Coburg